

Blaue Wahlkreispost

www.mario-beger.de



Im Sommer 1914, also vor 110 Jahren, begann der Erste Weltkrieg, dessen Ursachen der australische Historiker Christopher Clarke in seinem Buch „Die Schlafwandler“ facettenreich schildert. Der Zündfunke für diesen Krieg wurde im damals zu Österreich-Ungarn gehörenden und von Serbien beanspruchten Sarajevo (heute Hauptstadt von Bosnien-Herzegowina) gelegt, als serbische Nationalisten einen tödlichen Anschlag auf Erzherzog Franz-Ferdinand, den Thronfolger der kaiserlich-königlichen Monarchie, und dessen Frau verübten.

Die Länder des ehemaligen Jugoslawien waren seitdem oft Kriegsschauplatz, sowohl beim Ringen fremder Mächte um Macht und Einflusszonen, als auch bei Konflikten untereinander. So auch 1999, als das 6,9 Millionen Einwohner zählende Serbien anlässlich des Konfliktes um die damals noch serbische Provinz Kosovo von 19 Staaten des selbsterklärten Verteidigungsbündnisses NATO angegriffen wurde. Dieses Bombardement, dessen Spuren noch heute zu sehen sind, geschah, obwohl kein NATO-Land selbst Opfer eines serbischen Angriffs wurde. So ist es kein Zufall, dass der serbische Ministerpräsident Aleksandar Vucic über eine besondere Sensibilität für internationale Konflikte verfügt und in einem Interview im Juni 2024 mit der schweizerischen „Weltwoche“ den Übergang des Ukraine-Konfliktes in einen großen Krieg binnen weniger Wochen für möglich hält.

Wie sich bereits am Beispiel Serbien zeigte, hat sich die NATO in den letzten Jahren zunehmend zu einem aggressiven Militärbündnis entwickelt und Deutschlands Mitgliedschaft verpflichtete uns in der Vergangenheit zur Teilnahme an Einsätzen (Afghanistan, Mali), die nicht im Interesse unseres Landes und seiner Bürger sind. Unsere Freiheit wurde weder am Hindukusch, noch wird sie am Donbass verteidigt.

Die NATO dient immer weniger der eigentlichen Verteidigung ihrer Mitgliedsländer, als der Durchsetzung geopolitischer Interessen

der USA. Auf der Friedenskonferenz im Juni in der Schweiz (bei der man Russland außen vorließ) wurde US-Vizepräsidentin Kamala Harris ungewohnt deutlich, als sie sagte: „Amerika steht nicht aus Nächstenliebe an der Seite der Ukraine, sondern weil es in unserem strategischen Interesse ist.“ Mit diesen Worten gab sie all denen Recht, die seit über zwei Jahren auf die Mitschuld des Westens am Krieg in der Ostukraine hinwiesen. Jenem US-Stellvertreterkrieg, dem bereits Hunderttausende Soldaten und Tausende Zivilisten zum Opfer gefallen sind - jenem Krieg, der Deutschland bislang 300 Milliarden Euro kostete.

Selbst westliche Militärexperten vertreten die Meinung, die Ukraine könne diesen Krieg nicht gewinnen. Manche von ihnen schätzen die Lage in der Ukraine – trotz westlicher Waffenhilfe – als hoffnungslos ein. Die Begeisterung der Ukrainer selbst, für „Demokratie und Freiheit“ zu sterben, scheint begrenzt. Wie sonst ist zu erklären, dass sich 650.000 wehrdienstfähige Männer (darunter 200.000 in Deutschland) ins Ausland abgesetzt haben.

Doch anstatt dem Sterben Einhalt zu gebieten, dreht der „Wer-te-Westen“ weiter an der Eskalationsschraube. Besonders bitter dabei, dass die SPD die Prinzipien ihrer einstigen Frieden und Verständigung stiftenden Ostpolitik begraben hat. Willy Brandt und Egon Bahr würden sich im Grabe umdrehen.

Russenfeindlichkeit ist längst Staatsräson. Die Erlaubnis der Bundesregierung (entgegen vorheriger Ankündigungen des Bundeskanzlers), dass die Ukraine deutsche Waffen auch gegen das Gebiet der Atommacht Russland einsetzen darf, wurde in der Öffentlichkeit mit einem Schulterzucken wahrgenommen. Damit, wie auch mit der Nutzung einer US-Basis in Wiesbaden als Koordinierungsstelle für Waffenlieferungen und Ausbildung ukrainischen Militärs, hat Deutschland ohne Not einen weiteren Schritt unternommen, um selbst zur Zielscheibe zu werden. Der CDU geht selbst das nicht weit genug. Sie strebt mit der Lieferung von Taurus-Marschflug-

körpern auf die nächste Eskalationsstufe und Black-Rock-Lob-
byist Friedrich Merz übt sich mit markigen Worten als zukünftiger
Kriegskanzler.

Frankreichs Präsident Macron, der EU-Bodentruppen in die Ukrai-
ne schicken möchte, hätte für seinen Auftritt in Deutschland nicht
die - auf einzigartige Weise Versöhnung und Frieden symbolisie-
rende - Dresdner Frauenkirche als Kulisse missbrauchen, sondern
sich am Leipziger Völkerschlachtdenkmal das Schicksal der „Gran-
de Armée“ Napoleons des Ersten vor Augen führen sollen.

Die nächsten Akte des Deutschland-Dramas spielen sich längst im
Hintergrund ab. Boris Pistorius möchte Deutschland „kriegstüch-
tig“ werden lassen – weit über die militärische Ebene und die von
den Grünen angestrebte „Kriegswirtschaft“ hinaus. In dieses Bild
fügt sich auch der Vorschlag der FDP nach Einrichtung eines Zen-

trums für psychologische Kriegsführung gegen die eigene Bevölke-
rung.

Der Einstieg des Rüstungskonzern Rheinmetall als Hauptsponsor
bei Borussia Dortmund und der DEG politisiert den Sport auf ein
unerträgliches Maß, und die Anregung von Ex-Familienministerin
Kristina Schröder (CDU) nach einem sozialen Pflichtjahr für Rent-
ner könnte ein Testballon für die Mobilmachungsfähigkeit an der
Heimatfront sein.

Wie lässt sich der Zug in den Abgrund stoppen? Wie kann es Frie-
den geben?

Ein hoffnungsvolles Zeichen kam jüngst über den Atlantik: Donald
Trump ließ während des TV-Duells mit Präsident Biden unmissver-
stänglich wissen: Wer Trump wählt, wählt den Frieden!

Die vom Bundesparteitag der AfD Ende Juni in Essen verabschie-
dete Resolution „Für ein Europa des Friedens“ weist den Weg für
unser Land. Darin heißt es: „Die Alternative für Deutschland ver-
steht sich als Friedenspartei, als eine Partei, in der das Primat von
Diplomatie und Ausgleich, von vorausschauender und friedlicher
Konfliktbewältigung als vorrangig betrachtet wird. Die Anerken-
nung von berechtigten Sicherheitsbedürfnissen ist dabei erkennbar
in deutschem Interesse“: Beendigung der Waffenlieferungen, so-
fortige Aufnahme von Friedensverhandlungen unter gleichberech-
tigter Teilnahme der Kriegsparteien sowie faire Diskussion aller
Friedenspläne sind das Gebot der Stunde!

Liebe Leser,
die CDU und die Ampelparteien stehen für Krieg, illegale Massen-
migration und wirtschaftlichen Niedergang – unsere AfD-Politik
hingegen bedeutet Frieden, Sicherheit und ökonomisches Wachs-
tum!

Darum bitte ich Sie, der AfD Sachsen und mir am 1. September Ihr
Vertrauen und Ihre Stimme zu geben.

Mario Beger,
Mitglied des Landtages



Liebe Bürger,
bei der Landtagswahl am 1. September bewerbe ich mich er-
neut um das Direktmandat für unseren Wahlkreis 37 - Gro-
ßenhain und unsere schöne Region. Viele von Ihnen haben
mich im Laufe der vergangenen Jahre persönlich kennenge-
lernt. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Sachsen
Heimat bleibt.

Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung!

Mario Beger,
Mitglied des Landtages

Spendenkonto AfD Kreisverband Meißen
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE89 8505 0300 0225 7351 56
BIC: OSDDDE81XXX
Verwendungszweck: Spende Wahlkampf Mario Beger
Name und Adresse für Spendenquittung bitte angeben





Stadträte Großenhain

v.l.n.r. Dierk Damen, Jens Haupt, Frank John, Brigga Pöschl, Mario Beger, Tibor Berta, Karlheinz Thielsch, Andreas Wabner



Ortschaftsrat Nasseböhla

Michael Hitschke
Nasseböhla
mit Stroga



Ortschaftsrat Skäßchen

Steffen Noack
Skäßchen mit Krauschütz,
Skaup & Uebigau



Stadträte Gröditz

v.l.n.r. Karsten Haubold, Steffen Reck, Dirk Wartenberg, Jürgen Müller, Daniel Wilhelm, Christoph Dubielczyk, Joachim Winkler



Stadträte Radeburg

v.l.n.r. Lothar Lucke, Frederik Zeidler, Sylvia Herberger, Uwe Riemer, Frank Schellmann



Gemeinderäte Thiendorf

v.l.n.r. Volkmar Adam, Frank Niese, Frank Höntzsch

Vielen Dank!

Liebe Wählerinnen und Wähler,

mit großer Freude und tiefer Dankbarkeit möchten wir uns bei Ihnen für das überwältigende Vertrauen bedanken, das Sie unseren AfD-Kandidaten für die Stadt-, Gemeinde- und Ortschaftsräte sowie den Kreistag entgegengebracht haben. Dank Ihrer Unterstützung konnten wir ein herausragendes Ergebnis erzielen, das uns motiviert und bestärkt, uns weiterhin engagiert für unsere Städte, Gemeinden und den Landkreis Meißen einzusetzen.

Ihr Votum ist nicht nur ein Zeichen des Vertrauens in unsere bisherige Arbeit, sondern auch ein klarer Auftrag. Wir sind uns der Verantwortung bewusst, die mit diesem Wahlergebnis einhergeht, und werden alles daransetzen, Ihre Erwartungen zu erfüllen und gemeinsam mit Ihnen unsere Städte, Gemeinden, Ortschaften und unseren Landkreis lebenswert zu gestalten.

Unser Dank gilt jedem Einzelnen von Ihnen. Ihre Stimmen und Ihr Vertrauen sind die Basis für eine erfolgreiche und zukunftsorientierte Politik.

Mit herzlichen Grüßen,

alle gewählten AfD-Kandidaten für
die Stadträte Gröditz, Großenhain, Radeburg
die Gemeinderäte Ebersbach, Nünchritz, Priestewitz,
Röderaue, Schönfeld und Thiendorf
die Ortschaftsräte Kalkreuth, Nasseböhla (mit Stroga),
Skäßchen (mit Krauschütz, Skaup u. Uebigau)
den Kreistag des Landkreises Meißen



Gemeinderäte Ebersbach

v.l.n.r. Mirko Stelzner, Karl-Heinz Rutsch, Michael Eitner, Sandra Thiele (fehlt auf dem Foto)



Ortschaftsräte Kalkreuth

v.l.n.r. Michael Eitner, Karl-Heinz Rutsch



Gemeinderäte Nünchritz

v.l.n.r. Karsten Werner, Falko Kreller, André Warkus, Reinhardt Rausch



Gemeinderat Priestewitz

Frank Wetzig

Gemeinderäte Röderaue

v.l.n.r. Jens Melisch,
Christian Guhle



Gemeinderäte Schönfeld

v.l.n.r. Nico Lerch, Gerald Schumann, André Reiche, Gerald Bauer, Anton Bauer

Unsere Kreisräte:

Wahlkreis 8



Hans-Joachim Weigel Gerald Bauer Karl-Heinz Rutsch

Wahlkreis 9



Brigga Pöschl Andreas Wabner

Wahlkreis 10



Christian Reck Dirk Wartenberg

Wahlkreis 13



Karsten Werner André Warkus

BARGELD IST DIE LETZTE FREIHEIT, DIE WIR HABEN!

Der Volksmund weiß: „Nur Bares ist Wahres!“ Witze, Sprichwörter, Zitate über Geld gibt es viele. Es ist auffallend, dass in den meisten dieser Wendungen Geld in Form der Edelmetalle Gold oder Silber vorkommt. Die Kasse klingelt, abgehalfterte Spitzen-Politiker erhalten den goldenen Handschlag und das Erbe kann man versilbern. Das ist nicht erstaunlich, denn Geld in Form von Münzen begleitet uns seit Jahrtausenden. Warum? Es hat jenseits vom Nennwert (das, was draufsteht) einen Materialwert. Schon beim Papiergeld ist das nicht mehr der Fall: Die knisternen Scheinchen sind ursprünglich nur ein „Zahlungsversprechen“. Da Währungen im Schnitt nur 50 bis 100 Jahre erhalten bleiben, ist das schon keine ganz so sichere Sache mehr. Und mit der Kartenzahlung geht es mit der Sicherheit noch weiter bergab.

Falls Sie, lieber Leser, denken „Ich zahle lieber mit Karte, na und? Wenigstens kein Gefummel mit Scheinen und Münzen.“, dann halten Sie sich bitte vor Augen, was los ist, wenn die Karten-Terminals im Laden ausfallen. So geschehen flächendeckend im Frühsommer 2022. Da stehen Sie nun mit Ihrem Stück Plastik in der Hand und können nicht einkaufen - und der Händler nicht verkaufen. Bei Lebensmitteln und Medikamenten für Kunden und Händler eine Katastrophe. Nur Bargeld hat damals ermöglicht, dass das Leben weitergehen konnte. Und genau auf den Bargelderhalt haben sich mächtige Kräfte in der EU eingeschossen. Offenbar hat es aus Sicht der Herrschaften zu viele Vorteile: Bargeld ist frei und ohne Barrieren verwendbar. Sie brauchen keine PIN, keinen Automaten und vor allem keinen Strom (im Land der grünen Versager ist das ein wichtiger Aspekt). Es erlaubt einen guten Überblick über unsere Ausgaben. Wer mit Bargeld bezahlt, gibt nachweislich weniger aus. Bargeld kann nicht mit einem Knopfdruck enteignet werden, ein Bankkonto schon. Und vor allem: Es ermöglicht uns anonym zu bezahlen, ohne überwacht zu werden.

Und hier liegt wohl der Hase im Pfeffer. Denn mit dem digitalen Zentralbankgeld, dass der EU vorschwebt, gehen Sicherheit und Freiheit noch weiter verloren. Der Ökonom Markus Krall schreibt darüber: „Wenn wir jetzt ein digitales Zentralbankgeld einführen, dann ist das so, dass an jedem Cent, der je in Umlauf kommt, eine elektronische

Kladde dranhängt, auf der steht, wann er wem gehört hat und wofür er ausgegeben worden ist. Man bekommt ein total transparentes Bild eines jeden Bürgers, seines Ausgabeverhaltens von der Wiege bis zur Bahre. Die erste Gummibärchentüte, die er sich kauft, ist registriert, jede Tüte anderer Gummis ist registriert; das erste Auto und der Sarg, mit dem er in die Grube fährt, sind registriert... Der Staat macht uns komplett gläsern; es ist ein System der Tyrannei, das keinen Dienstleistungszweck, sondern einen Überwachungs- und Beherrschungszweck hat.“ (FREILICH-Magazin, No. 25 / Dezember 2023.)

Alles nur Verschwörungstheorien? Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu...äh ... das Bargeld abzuschaffen?! Nun, Christine Lagarde, die Chefin der Europäischen Zentralbank, hat sich bei einer interessanten Gelegenheit verplaudert: Letztes Jahr fiel sie auf einen russischen Komiker herein, der sich als Präsident Selenskyj vorstellte. Gegenüber dem vermeintlichen ukrainischen Präsidenten gab sie ungeniert zu, dass die Einführung des Zentralbankgeldes

tatsächlich der Kontrolle des Zahlungsverkehrs dienen sollte...

Schon im Februar 2021 hat die AfD im Bundestag einen Gesetzesentwurf zum Schutz des Bargeldes eingebracht. Wir haben früh erkannt, dass EZB und EU wachsenden Druck auf die Mitgliedsländer ausüben würden, um den Gebrauch und Besitz von Bargeld einzuschränken. Raten Sie, was geschah? Er wurde von allen übrigen Fraktionen abgelehnt. Es bleibt dabei: Wir sind die einzige Partei, die konsequent für die Freiheit unseres Landes und unserer Bürger kämpft. Der Erhalt von Bargeld ist mir ein besonderes Anliegen, und ich werde mich mit aller Kraft dafür einsetzen.

Mario Beger,
Mitglied des Landtages



FÜR EIN FREIHEITLICHES, SICHERES, STABILES UND WOHLHABENDES SACHSEN!

Am 12. Juni 2024 zog Ministerpräsident Michael Kretschmer im Sächsischen Landtag die Bilanz der seit 2019 in Sachsen regierenden Koalition aus CDU, Grünen und SPD. Erneut übte sich Kretschmer im Etikettenschwindel und wollte dem Publikum seine durch und durch zerstörerisch-destabilisierende grün-sozialistische Politik als schwarz-konservative verkaufen! Fünf Jahre lang betrieb er grüne Energiepolitik, grüne Einwanderungspolitik, an unseren Schulen grüne Verdummungspolitik und eine grüne Medienpolitik, die uns in den Gesinnungsstaat führt! Der Name Michael Kretschmer ist ebenso Synonym für grüne Anti-Wirtschaftspolitik, grüne Anti-Bauernpolitik und grüne Anti-Familienpolitik mit Gender-Gaga und jährlichem Geschlechtertausch! Selbst innerhalb der CDU gab es Stimmen, die seinen Koalitionsvertrag mit den Grünen von 2019 als „Kapitulationsvertrag“ bezeichneten. Nun also forderte Kretschmer, man müsse „vorangehen“ für ein „stabiles Sachsen“. Der Brandstifter spielt – mal wieder - Feuerwehr.

Denken wir zurück an die Corona-Zeit: Es war seine Regierung, welche die Versammlungsfreiheit de facto außer Kraft setzte, und unseren Sachsen das Spaziergehen an der frischen Luft nur noch zu zehnt erlaubte. Es war seine Regierung, die damals erwog, mit Einführung der 2G-Regelung im Supermarkt, Ungeimpften den Einkauf von Nahrungsmitteln zu verbieten! Mit einem einfachen „Lasst uns doch nach vorne schauen“ lässt sich das nicht beiseiteschieben. Wann kommt endlich die lückenlose Aufarbeitung der damaligen Geschehnisse?

Kaum waren die Schrecken der Corona-Maßnahmen halbwegs überstanden, lösten die Altparteien mit ihrer Boykotthaltung gegenüber Russland eine Explosion der Energiepreise aus. Welche Lösungen für die Energiekrise präsentierte nun die Regierung Kretschmer? Nach anfänglichen Versprechungen, keine Windräder im Wald zu errichten, hält das sächsische Landesumweltamt mittlerweile bis zu 35 Prozent unseres Waldes geeignet für Windindustrieanlagen! Bedenkt man, dass für jedes einzelne Windrad eine Waldfläche von 3,5 Fußballfeldern geopfert werden muss, ist die größte Umwelttragödie zu befürchten, die Sachsen seit der Wiedervereinigung erlebt hat. Eine AfD-Regierung wird dieses Vorhaben sofort stoppen!

Die höchsten Energiepreise der Welt belasten nicht nur die Bürger, sie verursachen auch Rekordzahlen von Firmeninsolvenzen und führen zur Abwanderung von Industriebetrieben.

Wir als AfD stehen für einen politischen Wandel, der die zerstörerische grüne Agenda beendet. Wir wollen zurück zur Kernkraft, fordern das Ende der schädlichen Russland-Sanktionen, um die Energiepreise zu stabilisieren und die Energieversorgung zu sichern. Eine AfD-Regierung wird Steuern senken und Bürokratie verringern, um die Wirtschaft und den Wohlstand in Sachsen zu stärken.

2010 veröffentlichte Thilo Sarrazin seinen Weckruf „Deutschland schafft sich ab“. Sarrazin sah schon damals die Folgen der unkontrollierten Masseneinwanderung voraus, warnte vor dem Kollaps unseres Bildungs- und Sozialsystems. Er wusste auch, dass Deutschland seinen eigenen Wohlstand gefährdet, wenn es weiterhin Geld in alle Welt verschenkt. Doch anstatt sich dem Niedergang Deutschlands mit Macht entgegenzustellen, hat Kretschmer diesen noch beschleunigt. Auch sein Abstimmungsverhalten als damaliger Bundestagsabgeordneter trug dazu bei, aus der EU eine Transferunion werden zu lassen. Mit 20 Milliarden Euro pro Jahr ist Deutschland weiter der größte Nettozahler in Europa. Geld, das auch in unserem Freistaat Sachsen Kindern, Familien, Pflegebedürftige und Rentnern fehlt!

Der desaströsen „Griechenlandrettung“ folgte der Ausstieg aus der Kernkraft: Der 30. Juni 2011 wird als das Datum einer der größten Fehlentscheidungen des Bundestages in die deutsche Geschichte eingehen. Während damals der sächsische CDU-Abgeordnete Arnold Vaatz den Mut aufbrachte, den Ausstieg aus der Kernkraft abzulehnen, stimmte der opportunistische Feigling Kretschmer (obwohl er heute behauptet, es damals anders gesehen zu haben) brav ab, wie von Angela Merkel befohlen.

Wo war Kretschmers Widerspruch gegen die verheerende illegale Masseneinwanderung (deren Folgen er heute beklagt) nach Grenzöffnung von 2015 durch Kanzlerin Merkel? Es gab ihn nicht. Vielmehr behauptete Kretschmer noch 2021: „Angela Merkel hat Deutschland und Sachsen seit ihrem Amtsantritt 2005 gutgetan.“ Jeder weiß: Das Gegenteil ist der Fall –

und leider hat auch der Ministerpräsident Kretschmer unserem schönen Freistaat Sachsen seit 2017 nicht gutgetan. Sachsen ist während seiner Regierungszeit destabilisiert, gespalten und ein unsicheres Bundesland geworden!

Wir werden jedoch nicht nur die grüne Politik beenden! Wir werden auch mit dem Pseudo-Konservatismus der CDU brechen! Statt Pseudo-Konservativer, die dem linken Zeitgeist hinterherrennen, brauchen wir echte Patrioten, die an das „gesamte Deutsche Volk“ denken – so wie es im Grundgesetz steht.

Das heißt u.a. auch, unsere ländlichen Regionen zu stärken! Die CDU hat in den letzten 34 Jahren in Sachsen 50 Kliniken bzw. Krankenhäuser geschlossen. Die AfD wird eine Fortsetzung dieser Schließungen nicht zulassen, denn jeder Sachse – egal in welcher Region er wohnt – hat das Recht darauf, in seiner Nähe ein Krankenhaus zu finden.

Liebe Leser, es ist höchste Zeit, die CDU auszuwechseln. Allerhöchste Zeit.

„Stabilität statt Spaltung“ lautet unser Motto! Dies erreichen wir durch eine Politik, die alle Bürger einbezieht, die ländliche sowie städtische Regionen stärkt und welche die direkte Demokratie fördert. Wir brauchen keine zwangsfinanzierten Rundfunk-Umerziehungsanstalten!

Die AfD wird bei Migration und Innerer Sicherheit eine Null-Toleranz-Politik gegenüber illegalen und kriminellen Einwanderern verfolgen und für dauerhafte Grenzkontrollen sorgen.

Bitte gehen Sie am 1. September 2024 zur Wahl und geben Sie Ihre Stimme den Kandidaten der AfD – für ein freiheitliches, sicheres, stabiles und wohlhabendes Sachsen!

Jörg Urban,
Spitzenkandidat und
Landesvorsitzender
der AfD Sachsen





GESICHERT EXTREM SÄCHSISCH! - MARIO BEGER IM INTERVIEW

Mario Beger (58) tritt wieder als AfD-Direktkandidat für die Landtagswahl am 1. September im Wahlkreis 37 an. Seit 2013 ist er Mitglied in der AfD, Gründungsmitglied des AfD-Kreisverbandes Meißen und seitdem ständiges Vorstandsmitglied. Er ist seit 2014 Mitglied des Landtages, gewann 2019 das Direktmandat im Wahlkreis, ist seit 2017 Stadtrat in Großenhain und seit 2019 Fraktionsvorsitzender der AfD-Stadtratsfraktion. Der gebürtige Großenhainer ist Fliesen-Platten-Mosaiklegermeister und Natursteinhändler, studierter Betriebswirt und hat den Bachelor of Arts (B.A.) in Wirtschaftswissenschaften.

Herr Beger, Sie tragen immer eine Deutschlandflagge am Revers. Sind Sie stolz, ein Deutscher zu sein?

„Mit der Deutschlandflagge bekenne ich mich zu meinem Land, was eigentlich ganz normal und etwas Positives sein sollte, genau wie in anderen Ländern der Welt. Ich bin ein konservativer Mensch mit einem gesunden Menschenverstand und habe von meinen Eltern Werte wie Ordnung, Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit vermittelt bekommen. Also typisch deutsche Werte, und darauf bin ich stolz.“

Sie haben einmal gesagt: ‚Die Montagsdemonstrationen 1989 – das war so ein Gänsehautmoment. Es ging darum, frei zu sein.‘ Was ist aus dieser Freiheit geworden?

„Die Freiheit, für die wir hier im Osten gekämpft haben, versucht man uns gerade wieder Stück für Stück zu entreißen. Es gibt viele Menschen, mit denen ich rede, gerade ältere – da gehören auch meine Eltern dazu – die sagen, es ist teilweise sogar schlimmer als früher. Es gibt kaum noch Freiräume, wo der Staat nicht mitmischet. Es gibt Anschwärmungen am Arbeitsplatz, in Schulen, in Kitas, es gibt eigens geschaffene Meldestellen, bei denen Menschen anonym denunziert werden können. In der DDR gab es Dinge, die durfte man nicht sagen, aber man wusste, welche Dinge das waren. Das ist heute viel schwammiger. Jede regierungskritische Meinung wird sofort als grundsätzliche Kritik am politischen System abgestempelt. Das beweist auch die Einstufung unseres AfD-Landesverbandes Sachsen als ‚gesichert rechtsextremistisch‘ durch einen Verfassungsschutz, der zum Regierungsschutz mutiert ist.

Die Einstufung ist Wahltaktik. Der ‚Mut zur Wahrheit‘ der AfD ist ein Dorn im Auge. Trotzdem beiße ich mir nicht auf die Zunge und sage meine Meinung, denn ich habe die große Hoffnung, dass wir noch einmal einen friedlichen Umbruch hinbekommen. Auch 1989 nahm die Wende ihren Anfang in Sachsen.“

Ganz kurz! Wenn Sie wiedergewählt werden, was sind Ihre wichtigsten Ziele für die kommende Legislaturperiode?

„Keine Windräder, die unsere Landschaft verschandeln. Keine kulturfremden Messerspezialisten, die uns als Fachkräfte verkauft werden. Billige Energie, den Gründergeist der Sachsen wieder wecken und das Ende der Russland-Sanktionen. Und wir dürfen eins nie vergessen: Ohne Frieden ist alles nichts!“

Sie organisieren regelmäßig Mahnwachen, bei denen das Thema Frieden im Vordergrund steht. Alles für den Frieden?

„Die stetige Ausweitung der Kriegsbeteiligung in der Ukraine und die einseitige Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien drohen zu einem europäischen oder sogar globalen Krieg zu führen. Die Deutschlandhasser von SPD, Grünen, FDP und CDU rasseln schon seit Monaten verbal mit dem Säbel, und wenn es nach Ursula von der Leyen geht, soll die europäische Industrie auf Kriegswirtschaft getrimmt werden. Wir müssen diesem Wahnsinn ein Ende setzen. Die USA wollen ab 2026 weitreichende Waffen nach Deutschland bringen, darunter Marschflugkörper vom Typ Tomahawk, Flugabwehrraketen vom Typ SM-6 und neu entwickelte Überschallwaffen. Dabei soll die Entscheidung über den Einsatz dieser Waffen nicht bei der deutschen Bundesregierung liegen. Das Wettüben beginnt wieder und Deutschland ist mitten drin. Wir müssen selbst über Krieg oder Frieden entscheiden können und dürfen uns das nicht länger von der USA diktieren lassen. Wir müssen uns schnellstmöglich aus dem Ukraine-Krieg zurückziehen, indem wir die Ukraine nicht mehr militärisch unterstützen. Der Weg zum Frieden führt nur über eine Entspannung mit Russland und Verhandlungen auf Augenhöhe. Wir wollen einen gerechten

Frieden, der die Sicherheitsinteressen sowohl der Ukraine als auch Russlands berücksichtigt und auf dem Selbstbestimmungsrecht der Menschen basiert. Viktor Orban hat es vorgemacht.“

Wie stehen Sie ganz persönlich zur Wiedereinführung der Wehrpflicht?

„Dazu gibt es von mir ein ganz klares Nein! Die Leute haben Angst, dass Deutschland mit in diesen Krieg gezogen wird. Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) betonte u.a. in der Regierungsbefragung im Bundestag am 5. Juni 2024 ‚Wir müssen bis 2029 kriegstüchtig sein...‘ Wenn sich der letzte Ukrainer in diesem Stellvertreterkrieg für die NATO geopfert hat, sind unsere Soldaten selbst dran. Werden die Kriegstreiber in unserer Regierung ihre eigenen Söhne in den Krieg schicken? Sicher nicht. Und unser Krieg ist das nicht und wir lassen unsere Söhne auch nicht dafür verheizen. Wir wollen Frieden!“

Sie sind selbst Handwerksmeister und Unternehmer – wo klemmt es in Handwerk und Mittelstand?

„Die kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie das zugehörige Handwerk müssen entlastet werden – steuerliche Erleichterungen und die Befreiung von bürokratischen Fesseln sind notwendig, um das Rückgrat unserer Wirtschaft zu stärken. Die ausufernde Bürokratie schreckt immer mehr Handwerksmeister davon ab, einen neuen Betrieb zu gründen oder einen etablierten zu übernehmen. Da werden finanzielle Anreize gebraucht – Erhöhung des Meisterbonus, Übernahme der Technikerausbildung zur Hälfte und eine Prämie für die Gründung eines neuen Betriebes. Die Meisterpflicht muss wieder vollständig eingeführt werden, um mehr Wettbewerbsgerechtigkeit und faire Marktbedingungen zu schaffen. Im Handwerk fehlt der Nachwuchs. Schon seit Jahren wird eine Über-Akademisierung der Ausbildung vorangetrieben, sodass es jungen, fähigen Menschen kaum noch in den Sinn kommt, einen Meisterabschluss zu machen. Handwerkerleistungen sind gefragt, doch den Beruf erlernen wollen immer weniger. Im Gegensatz dazu boomt das Studium. Um junge Leute für Handwerksberufe zu begeistern, brauchen wir auch eine auskömmliche Bezahlung. Berufliche Ausbildungszentren müssen verstärkt in den Landkreisen entstehen, um den ländlichen Raum zu stützen und der Abwanderung junger Menschen entgegenzuwirken.“

Heimat bewahren – Verschandelung durch Windkraftanlagen verhindern. Wie stehen Sie zu dieser Aussage?

„Eine intakte Natur ist ein wichtiger Grund, in unserer Region leben zu wollen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Windkraftlobby aus Profitgier, unterstützt von CDU und Grünen, Menschen, Tiere und die natürliche Schönheit unserer Heimat auf dem Altar der Energiewende opfern. Menschen, die in der Nähe von Windkraftanlagen wohnen, leiden unter Infraschall und zermürbenden Lichtreflexionen. Ganz zu schweigen von den zahllosen Tieren, die in diesen Anlagen geschreddert werden. Und bis jetzt redet auch



noch kaum jemand über den Rückbau der Windräder nach 20 Jahren. Neben den nicht recycelbaren Rotorblättern werden dann auch die riesigen Stahlbeton-Fundamente ein großes Problem. Wir müssen von der untersten kommunalen Ebene bis zum Bundestag Druck gegen den Ausbau von Windkraftanlagen aufbauen. Kein Industrieland kann sich auf eine Energiequelle verlassen, die bei Windflaute keinen Strom liefert. Zusätzliche Backup-Kraftwerke und ein aufwändiger Netzausbau machen diesen Strom zudem unbezahlbar.“

Ihr Wahlkreis ist vom ländlichen Raum geprägt. Wie kann das Leben hier in den Dörfern und Kleinstädten attraktiver für junge Leute werden?

„Die Kreise und Kommunen stehen finanziell so schlecht wie noch nie da, und den Trend, dass junge Leute wegziehen, gibt es auch nicht erst seit gestern. Das Thema ist sehr komplex, und es wird nicht mit ein oder zwei Maßnahmen gelingen, eine Trendwende herzustellen. Mittelständische Unternehmen, Handwerker und die Landwirtschaft bilden das Rückgrat des ländlichen Raums und sind unverzichtbar für dessen Stärkung. Daher müssen diese unterstützt werden. Zu einem lebenswerten ländlichen Raum gehört aber auch eine angemessene Infrastruktur: Straßen, Radwege, Kindergärten, Schulen, Ärzte, Breitbandversorgung und öffentlicher Nahverkehr. Das wichtigste Aufwertungspotenzial sind aber die Menschen, die hier leben. Man kennt und hilft sich noch gegenseitig, es herrscht mehr Sicherheit. Hier muss das Engagement in Vereinen mehr gefördert werden, um das Dorfleben zu beleben. Junge Familien müssen spüren, wie schön es ist, Kinder auf dem Lande aufwachsen zu lassen. Dafür brauchen die Gemeinden eine größere finanzielle Eigenständigkeit.“

Welche Persönlichkeit würden Sie gerne einmal treffen und warum?

„Viktor Orban, denn trotz aller politisch-medialen Widerstände steht er offen zu seinen politischen Überzeugungen und das imponiert mir. Er reiste vor Kurzem zu seinem russischen Amtskollegen Vladimir Putin, um Friedensgespräche zu forcieren, während die meisten europäischen Regierungen bereit sind, mit Geld und Waffenlieferungen an die Kiewer Regierung, den letzten Ukrainer im Krieg zu verheizen. Viktor Orban ist einer der ganz wenigen europäischen Staatschefs, dem es wirklich um ein Ende des Sterbens in der Ukraine geht. Er möchte schnellstmöglich Frieden und lotet jede auch noch so kleine Chance aus, die einen Einstieg in Friedensverhandlungen bieten kann. Orban macht vor, wie es geht.“

Was ist Ihr Ausgleich zur politischen Alltagsarbeit?

„Mit meiner Familie verbringe ich gerne Zeit draußen in der Natur. Das entspannt mich und hilft mir, gerade nach Tagen im Plenum gut runterzufahren. Ich gehe auch sehr gerne angeln. Das erfordert Geduld und Konzentration, dabei kann ich aber auch in Ruhe nachdenken und gleichzeitig die Natur genießen. Gartenarbeit ist körperlich anspruchsvoll und für mich ein wunderbarer Ausgleich zu langen Sitzungen – das baut Stress ab und gibt mir ein Gefühl der Zufriedenheit, weil ich hier die Früchte meiner Arbeit direkt sehen kann.“

Welches Buch liegt auf Ihrem Nachttisch?

„World Economic Forum: Die Weltmacht im Hintergrund“ von Ernst Wolff.

Noch ein Wort zum Schluss?

„Wir müssen unser Schicksal in die eigenen Hände nehmen - es geht um unsere Heimat und es geht um die Zukunft unserer Kinder und Enkel. Gehen Sie am 1. September wählen! Geben Sie beide Stimmen der einzigen Alternative für Sachsen!“

Das Interview führte Martin Osswald, freier Journalist.

NOCH NIE STAND SO VIEL AUF DEM SPIEL

Liebe Wähler, fünf Jahre sind seit der letzten Landtagswahl in Sachsen vergangen, fünf Jahre mit einer schwarz-rot-grünen Regierung, in der die Grünen den Kurs vorgeben, fünf Jahre mit einer starken blauen AfD-Opposition.

Die AfD hat ihre Wahlversprechen gehalten – mit Anträgen und Gesetzesinitiativen, die wir in den sächsischen Landtag eingebracht haben: Reform des Rundfunkstaatsvertrages, Abschaffung des Zwangsgebührensystems, Ende der wirtschaftsfeindlichen Russland-Sanktionen, Forderung nach weniger statt mehr Steuern, Berufsausbildung und Handwerk stärken, Stärkung der familiären Pflege, kostenloses Schulesen, um junge Familien zu entlasten, Erleichterung von Volksentscheiden. Wir haben gezeigt, dass eine bessere, bürger- und wirtschaftsfreundliche Politik möglich ist, wenn es dafür parlamentarische Mehrheiten gibt. Diese werden bis heute von der sächsischen CDU verhindert und die letzten fünf Jahre haben gezeigt, dass die CDU die SPD und die Grünen braucht, um ohne AfD regieren zu können. Am Ende wird die CDU auch noch mit den Kommunisten ins Koalitionsbett steigen. Die CDU opfert das Wohl der sächsischen Bürger und der sächsischen Wirtschaft für den eigenen Machterhalt.

Die CDU hat ihre Wahlversprechen nicht gehalten. Es sollte keine Steuererhöhungen in Sachsen geben – bekommen haben wir in der schwersten Bauwirtschaftskrise, die wir jemals hatten, die Erhöhung der Grunderwerbssteuer von 3,5 auf 5,5%. Die CDU versprach - keine Windräder in sächsischen Wäldern – es ist möglich, bis zu 35% unserer Wälder dafür zu opfern. Mit der CDU sollte es mehr direkte Demokratie geben, damit die Sachsen mehr Dinge per Volksentscheid mitentscheiden können. Nichts ist daraus geworden, Volksentscheide sind noch genauso unmöglich. Herr Kretschmer spricht sich für das Einfrieren des Krieges in der Ukraine aus, aber er und seine Partei stimmen im sächsischen Landtag gegen eine Friedensinitiative unserer AfD-Fraktion. In Zeitungsinterviews kritisiert Herr Kretschmer die Russlandsanktionen, aber er und seine Partei stimmen im Parlament immer wieder gegen einen Beschluss zur Beendigung dieser Sanktionen.

Die CDU verspricht vor der Wahl, was sie

nach der Wahl ganz schnell wieder vergisst. Die CDU ist nicht die Lösung für die vielen Probleme in diesem Land, sie war und ist der Urheber dieser Probleme und deshalb gehört sie auf die Oppositionsbank. Zum Glück verstehen immer mehr Menschen, dass es nur eine glaubwürdige politische Alternative gibt, nur eine Partei, die die Bürger eben nicht belügt und den Bürgern nicht das Geld aus der Tasche ziehen will. Und diese Partei ist die Alternative für Deutschland.

Die Wahlen zum EU-Parlament und die Kommunalwahlen waren für uns ein grandioser Erfolg und eine Bestätigung für unsere Arbeit der letzten elf Jahre. Kein milliardenschwerer Staatsfunk, keine linken SPD-Zeitungen und keine steuerfinanzierten Vereine haben das mit ihrer Propaganda verhindern können.

Die Wahlergebnisse zeigen noch etwas.

Auch für die jungen Wähler bis 30 Jahre ist die AfD erste Wahl. Die Jugend tickt eben nicht grün und rot, die Jugend wählt blau, weil sie verstanden hat, dass es auch um ihre Zukunft geht – kann ich in Deutschland noch eine gute Arbeit finden, mir ein Haus bauen, eine Familie gründen, in Frieden leben oder werde ich als Kanonenfutter in einen Krieg gegen Russland geschickt...

Eine echte politische Wende kann es in Sachsen nur mit einer AfD-Regierung geben. Dafür brauchen wir einen Wahlsieg der AfD. Sorgen Sie dafür, dass am 1. September hier in Sachsen eine sichere, eine freiheitliche, eine demokratische Zukunft beginnt. Es kommt auf jeden einzelnen von uns an. Deshalb – gehen Sie wählen, geben Sie der AfD die Erst- und Zweitstimme, damit Sachsen Heimat bleibt.

Ihr Mario Beger,
Mitglied des Landtages



Impressum:

Herausgeber:

Mario Beger, MdL
Dresdner Str. 7
01558 Großhain
Telefon: 03522-5596 187
blauewahlkreispost@gmail.com
Mario Beger, MdL
Druckhaus Scholz GmbH

E-Mail:
V.i.S.d.P.:
Druck:

Auflagenhöhe:
Ausgabe:

28.000 Stück
Nr. 8 / August 2024

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Es wird keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Zeichnungen und Fotos übernommen. Die Redaktion behält sich vor, zugesandte Beiträge sinngemäß zu kürzen. Jeglicher Nachdruck von Fotos, Zeichnungen und Artikeln, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Herausgebers.

Mario Beger, MdL

Web: www.mario-beger.de

Facebook: www.facebook.com/MarioBegerAfD

Telegram: t.me/mariobeger